DER HAUPTSTADTBRIEF
AM SONNTAG
5. WOCHE
03. FEBRUAR 2019

Über den atlantischen Graben

Jenseits oberflächlicher Titel und Tweets – die Basics der deutsch-amerikanischen Beziehungen sind weiterhin intakt
Von Volker Christians und Detlef Prinz

Es gibt noch Gründe zum Feiern im deutsch-amerikanischen Verhältnis! Angela Merkel ist in dieser Woche mit dem *J. William Fulbright Prize for International Understanding* ausgezeichnet worden. Als einstige Fulbright-Stipendiaten hat uns die Preisverleihung an die deutsche Bundeskanzlerin mit Freude erfüllt. Zugleich ist sie ein treffender Anlass, über das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA nachzudenken, ein Verhältnis, bei dem es in diesen Tagen wenig Grund zum Jubeln gibt.

Drei Viertel der Deutschen bewerten die Beziehungen zu den USA als schlecht, hieß es in einer kürzlich veröffentlichten Umfrage der Körber-Stiftung. Von einer Eiszeit im transatlantischen Verhältnis ist die Rede. Und um es noch drastischer auszudrücken: 73 Prozent der Befragten bezeichnen das Verhältnis zu den USA als „schlecht" oder sogar „sehr schlecht". Auf der anderen Seite des Atlantiks zeichnet sich ein genau gegenteiliges Bild ab: Die US-Amerikaner bewerten die Beziehungen zu Deutschland mehrheitlich mit 70 Prozent als „eher gut" oder „sehr gut". Unterschiedlicher können die Perspektiven nicht sein. Aber was ist der Grund für das wieder einmal ambivalente Amerikabild der Deutschen? Oder befinden wir uns erneut in einer selbst eingeredeten transatlantischen Krise, die sich eigentlich nur auf einzelne Themen oder Personen reduziert? Wenn Donald Trump mit einem einzelnen Tweet die Grundfesten des transatlantischen Verhältnisses zerstören kann, die der Transatlantiker Walther Leisler Kiep einst als „zweites Grundgesetz der Bundesrepublik" bezeichnet hat, liegt es vor allem auch an uns selbst, tiefer hinter die Kulissen der amerikanischen Politik und der amerikanischen Gesellschaft zu blicken.

Als wir vor über 35 Jahren im Jahr 1982 als Young Leader der Atlantik-Brücke in San Francisco zusammenkamen, 20 Deutsche und 20 US-Amerikaner, haben wir auch kontrovers diskutiert. Im Mittelpunkt stand damals der Ost-West-Konflikt. Auch damals schon gab es eine Menge an Zündstoff im beiderseitigen Verhältnis: der Nato-Doppelbeschluss, der Libanon-Krieg oder das Erdgasröhrengeschäft mit Moskau. All dies hat die Beziehungen seinerzeit zwischen Bonn und Washington kurzfristig sehr strapaziert – aber mit einem gewissen Abstand betrachtet sind es Stürme im Wasserglas geblieben. Schon wenige Jahre später wurde darüber nicht mehr geredet.

DPA/WOLFGANG KUMM

Ein Grund zum Feiern, gerade in diesen Tagen: Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Verleihung des amerikanischen Fulbright-Preises für internationale Verständigung in Berlin am Montag.

Gewiss: Das transatlantische Verhältnis ist bis heute hochemotional – vielleicht auch, weil die gegenseitige Abhängigkeit so groß ist, auch seitens der Amerikaner, ob sie das nun anerkennen wollen oder nicht. Wenn etwas zu wackeln beginnt, steigen Aufregung und Nervosität. Aber das muss nicht sein.

> Die US-Amerikaner bewerten die Beziehungen zu Deutschland mehrheitlich mit 70 Prozent als „eher gut" oder „sehr gut".

Das deutsch-amerikanische Verhältnis besteht nämlich aus viel mehr als aus einem unberechenbar twitternden Präsidenten und handelspolitischen Drohgebärden. Die tatsächlichen Fakten in den beidseitigen Beziehungen sprechen eine andere Sprache: Trotz „America first" sind die USA nach wie vor größter Abnehmer deutscher Exporte. Und: Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der USA in Europa.

Noch wichtiger: In der Sicherheitspolitik müssen Deutschland und die USA gemeinsam mit anderen westlichen Demokratien auf ihren gemeinsamen Werten bestehen und auf deren Grundlagen gemeinsam agieren. Es stimmt, dass sich unter Trump der Unilateralismus mehr Bahn bricht, wie es sich auch jüngst im Falle Syriens zeigt. Aber es ist auch so, dass wir dazu neigen, die gemäßigten Kräfte in der US-Regierung zu überhören, geschweige denn den verstärkten Kontakt zu suchen. Hinzu kommt: Unsere eigene sicherheitspolitische Zurückhaltung befördert die Rigidität des US-Präsidenten.

Statt also den Zerfall des Multilateralismus zu beklagen, müssen wir für diese Weltordnung kämpfen. Das wird – zu Recht – auch von Berlin erwartet. Und es kann eine Chance für uns sein, neue Akzente im transatlantischen Verhältnis zu setzen. Es wird eine Post-Trump-Phase geben. Und spätestens dann wird Deutschland eine glaubwürdige sicherheitspolitische Antwort geben müssen. Vielleicht kann das die Renaissance der einst der Bundesrepublik angebotenen „Partnership in Leadership" sein? Es war der Wunsch und Vorschlag des kürzlich verstorbenen Präsidenten George H. W. Bush. Er wollte seinerzeit, dass Deutschland Partner der USA bei der Führung der westlichen Welt wird – im Übrigen eine Aufgabe, der sich Berlin langfristig immer weniger wird verwehren können. Gerade im europäischen Sinne müssen wir bereit sein zur globalen Mitgestaltung der Zukunft und dürfen uns nicht als Verwalter des Bestehenden begreifen. Nicht nur, aber vor allem Washington würde ein solches Engagement begrüßen.

Politik wird vor allem von Menschen gemacht – und dort liegt der Schlüssel für die Weiterentwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Der Mensch und die zwischenmenschlichen Beziehungen bedingen und bestimmen maßgeblich das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Staaten, Ländern und Kulturen. Und auf dieser Ebene zeichnen die transatlantischen Beziehungen ein ganz anderes Bild – das wir stärker leben und transportieren müssen. Zwischen unseren beiden Ländern gibt es schon heute eine Vielzahl an Möglichkeiten, die ein breites Spektrum von Austauschprogrammen und privaten Initiativen umfassen. Die viel gerühmten Basics zwischen Deutschland und den USA sind erfreulich intakt.

Mit ihrer über 50-jährigen Partnerschaft sind Berlin und Los Angeles nur ein Beispiel von über 200 lebendigen deutsch-amerikanischen Städtepartnerschaften. Schüler- und Studentenaustauschprogramme werden rege wahrgenommen, und die USA sind weiterhin das mit Abstand beliebteste Ziel deutscher Austauschschüler. Jeder siebte Amerikaner gibt an, deutscher Abstammung zu sein. Die Zahl der US-Soldaten, die seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland stationiert waren, umfasst inzwischen die beeindruckende Zahl von 17 Millionen.

Allerdings: In Deutschland medial kaum wahrgenommen wurde das im Oktober 2018 eröffnete Deutschlandjahr „Wunderbar together" in den USA. Ziel dieser Initiative, die das Auswärtige Amt gemeinsam mit dem Goethe-Institut und dem Bundesverband der Deutschen Industrie ausrichtet: Die beiden Zivilgesellschaften sollen ins Gespräch kommen und an die lange Tradition des gemeinsamen Dialogs anknüpfen, gerade angesichts aktueller politischer Meinungsverschiedenheiten.

Wunderbar together

Ein guter Ansatz und zur Zeit wichtiger denn je. „Wunderbar together" – das muss kein Wunschdenken bleiben. Und das liegt nicht nur in amerikanischer Hand. Wir Deutsche müssen uns in unserem Amerikabild selbstkritischer betrachten. Denn Selbstbild und Fremdbild fallen – wie so häufig – auseinander. Die Chance, die das Deutschlandjahr bietet, gilt es zu nutzen – im beiderseitigen Interesse.

Deutsche und Amerikaner müssen von dieser Möglichkeit wieder mehr Gebrauch machen, um unsere Zusammenarbeit zu verbreitern und zu vertiefen und illiberalen Ideologien auf beiden Seiten die Grundlage zu entziehen. Dafür ist es erforderlich, dass bilateral auf allen Ebenen die Möglichkeiten für einen offenen Dialog verbreitert und erweitert werden und auch die Politik die Voraussetzungen schafft für solche Begegnungen. Denn die gemeinsamen Werte und die freiheitliche Kultur der westlichen Allianz sind zugleich die Zukunftsgrundlage unserer nächsten Generation.

CHRISTIAN KRUPPA

DR. VOLKER C. CHRISTIANS

ist Young Leader der Atlantik-Brücke 1982 und promovierter Ökonom der Hochschule St. Gallen. Er lebte und arbeitete lange Zeit in New York und London, war zuletzt als Gesellschafter der Unternehmensberatung Egon Zehnder in Berlin tätig.

DER HAUPTSTADTBRIEF

DETLEF W. PRINZ

ist Young Leader der Atlantik-Brücke 1982 und Fulbright Stipendiat in den USA. Er ist Verleger der Times-Media-Gruppe, die unter anderem die Zeitungen *The German Times* für die USA und *The Security Times* zur Münchner Sicherheitskonferenz herausgibt.

Ambition, Heimtücke, Verblendung

Der Brexit droht zu einer Drama shakespearschen Ausmaßes zu werden. Greift das Unterhaus nach der Macht? | Von Peter Ammon

In dieser geschichtsträchtigen Woche wurden im Parlament von Westminster die Weichen für den Brexit gestellt. Shakespeare hätte dort alles gefunden, was ein gutes Drama ausmacht: grenzenlose Ambition, Heimtücke, Verblendung. Zum ersten Mal erhielt Premierministerin Theresa May am Dienstag eine – wenn auch knappe – Mehrheit für ihre Brexit-Strategie. Diese besteht nun darin, ihr bisheriges Verhandlungsergebnis mit der EU in einem wesentlichen Teil zurückzunehmen und neu mit der EU-Kommission über den sogenannten Backstop zu verhandeln. Ab dem 14. Februar muss sich May erneut dem britischen Parlament stellen; dann wird sich zeigen, ob ihr Erfolg vom Dienstag nicht nur ein Pyrrhos-Sieg war.

PRIVAT

DR. PETER AMMON

war von 2008 bis 2011 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Er ist der einzige deutsche Botschafter, der in Washington, Paris und London gedient hat. Von 2014 bis 2018 amtierte er als Botschafter in London.

So viel ist klar geworden: May ist bereit, „va banque" zu spielen. Unterstützt von einer knappen Mehrheit des Unterhauses will sie die übrigen 27 EU-Mitgliedstaaten nun vor eine knallharte Wahl stellen: Entweder macht Brüssel bis zum 13. Februar doch noch Konzessionen beim Irish Backstop, jener Auffangregel, die Großbritannien auch nach dem Austritt eng an das Regelwerk der EU binden würde, oder es kommt am 29. März 2019 zu einem vertragslosen Ausstieg, dem Hard Brexit.

Großbritannien würde damit automatisch und über Nacht ein sogenannter Drittstaat: Alles, was uns mittlerweile selbstverständlich geworden ist, wie die unbeschränkte Reise- und Niederlassungsfreiheit von EU-Bürgern oder der Export von Gütern, Kapital und Dienstleistungen ohne lästige Kontrollen, verlöre über Nacht seine rechtliche Grundlage. Dabei dämmert es den Briten erst jetzt langsam, was dies alles für konkrete Folgen haben würde: Nahezu alle Lebensbereiche auf der Insel wären von einem Hard Brexit betroffen. Der Ausstieg könnte sich zu einer wahren Tragödie zu entwickeln. Was tun?

Das britische Unterhaus schreckte am Dienstag knapp vor dem Griff nach der Macht zurück, die Regierung nicht nur zu kontrollieren, sondern künftig selbst die Politik des Landes in zentralen Fragen gestalten zu können. Gemäß einer jahrhundertealten Regel hat die britische Regierung nämlich bisher das Recht, die Tagesordnung des Parlaments zu bestimmen. Damit konnte sie bislang die Behandlung jedes ihr missliebigen Gesetzentwurfs durch das Parlament verhindern. Das Unterhaus hatte deswegen bislang keine Möglichkeit, der Regierung das Heft des Handelns aus der Hand zu nehmen.

Das jetzt knapp unterlegene Amendment hätte dies geändert und so zu einer tiefgreifenden Machtverschiebung zwischen Regierung und Parlament geführt. Mancher fühlte sich schon an den historischen Kampf um die Rechte des Parlaments im 17. Jahrhundert erinnert, der damals den Englischen Bürgerkrieg auslöste und der mit der Hinrichtung von König Charles I. endete.

Sollte das Ergebnis der für die nächsten Tage geplanten Reise der Premierministerin nach Brüssel am 14. Februar keine Mehrheit finden, ist nicht ausgeschlossen, dass das Parlament erneut versuchen wird, der Regierung die Brexit-Strategie aus der Hand zu nehmen. Dann wäre alles wieder offen.

DIE **KOLUMNE** AM SONNTAG

Frauensache

GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Hier denkt er über zwei Jahrzehnte Berliner Politik nach, in denen Frauen sich viele Spitzenposten erobert haben.

Ganz selten nur äußert sich Angela Merkel über „Frauenpolitik" oder gar über „Frauen in der Politik". Umso bemerkenswerter ist ihr Gespräch, das sie darüber mit der Wochenzeitung Die Zeit führte. An sich möchte die Bundeskanzlerin nicht als Feministin erscheinen. „Ich glaube nicht, dass Frauen generell andere Frauen bewundern. Auch unter Frauen gibt es mitunter harte Emotionen", sagte sie – mit Verweis auf die Flüchtlingspolitik. „Ich bin ja auch nicht allein die Bundeskanzlerin der Frauen in Deutschland." Auch wolle sie sich nicht mit „falschen Lorbeeren" schmücken, als habe sie wie Alice Schwarzer (mit der sie sich gut versteht) oder wie einst Marie Juchacz ihr Leben lang für „Frauenrechte" gekämpft. Hintergründig tat es Helmut Kohls ehemalige Frauenministerin aber doch. „Natürlich musste ich als Frau wie jede andere meinen Weg finden, damit wir eines Tages wirklich zu einer Parität der Geschlechter finden." Und: „Parität in allen Bereichen erscheint mir einfach logisch. Das muss ich nicht dauernd extra erwähnen."

Das Soll der Parität erscheint übererfüllt, auch wenn das nicht allein der Bundeskanzlerin zuzuschreiben ist. Seitens der CDU gehören dem Bundeskabinett mehr Frauen als Männer an. Merkel selbst und die drei Ministerinnen Ursula von der Leyen (Verteidigung), Julia Klöckner (Landwirtschaft) und Anja Karliczek (Bildung) stehen den drei Männern Peter Altmaier (Wirtschaft), Helge Braun (Chef des Kanzleramtes) und Jens Spahn (Gesundheit) gegenüber. An die Spitze der CDU kam jetzt nicht etwa Friedrich Merz, sondern Annegret Kramp-Karrenbauer. Mit Andrea Nahles wird auch die SPD von einer Frau geführt. Von den acht Fraktionsvorsitzenden im Bundestag (die Fraktionen von AfD, Grünen und Linkspartei haben jeweils eine männlich/weibliche Doppelspitze) sind vier Männer und vier Frauen. Die CSU hat sich zu Recht des Vorwurfs zu erwehren, eine reine Männerpartei zu sein. Und wie war es früher? Als Kohl 1998 als Bundeskanzler ausschied, gab es gerade einmal zwei Frauen im Kabinett: Merkel als Umweltministerin und Claudia Nolte als Frauenministerin. Erst unter der rot-grünen Koalition hat sich das grundlegend geändert. Anzumerken ist der Zufall, dass Merkels Interview an dem Tag erschien, an dem das Berliner Abgeordnetenhaus den Internationalen Frauentag (8. März) für das Bundesland Berlin zum gesetzlichen Feiertag machte.

IMPRESSUM DER HAUPTSTADTBRIEF am Sonntag erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Kolumne: Günter Bannas | Art Director: Paul Maria Kern | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Uhlandstraße 175 | 10719 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © DER HAUPTSTADTBRIEF 2019